

„Des Einen Terrorist ist des Anderen Freiheitskämpfer“

(nach: Ronald Reagan (1911-2004), Filmschauspieler und von 1981 bis 1989 der 40. Präsident der Vereinigten Staaten)

Ronald Reagan neigte dazu, politisch links stehende Befreiungsbewegungen in Ländern der sogenannten Dritten Welt als kommunistische Terrorgruppen zu bezeichnen und diese politisch, ökonomisch und mit militärischen Mitteln zu bekämpfen.

Zum Beispiel unterstützte er in Nicaragua die sogenannten Contras, die sich u. a. aus den früheren Truppen des Diktators Somoza rekrutiert hatten, nachdem dieser durch die politisch links orientierte Sandinistische Nationale Befreiungsfront 1979 gestürzt worden war. Die Sandinisten regierten Nicaragua bis 1990. Die Contras, die überwiegend aus Honduras operierten, versuchten daraufhin die Infrastruktur in Nicaragua zu zerstören. Sie unternahmen terroristische Überfälle auf die Landbevölkerung, um die Situation im Lande zu destabilisieren. Reagan sah in den Contras dennoch keine Terroristen, sondern die eigentlichen Freiheitskämpfer und ließ diesen militärische Ausbildung und direkte logistische Unterstützung zukommen. Für ihre militärischen und paramilitärischen Aktivitäten gegen Nicaragua wurden die USA später vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu einer Zahlung von 2,4 Milliarden US-Dollar verurteilt. Allerdings erklärte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den Gerichtshof für unbefugt, über die USA zu urteilen. Bis heute sind die USA kein Mitglied dieses internationalen Gerichts, wohl um zahlreichen weiteren Anklagen zu entgehen. 2002 verabschiedete der US-amerikanische Kongress ein regelrechtes Schutzgesetz für seine Bürger. Demnach ist der US-Präsident befugt, US-Bürger militärisch zu befreien, sollten diese in Den Haag (Regierungssitz der Niederlande) verklagt werden. Wer die Waffen hat, bestimmt, wo es langgeht, so die völlig einfältige Methode dieser Politik. Das ist nichts anderes als das Gesetz des Stärkeren, wie es im „Straßen-Dschungel“ manch einer US-amerikanischen Großstadt praktiziert wird. Ist es dann verwunderlich, dass es Menschen gibt, die dagegen aufbegehren?

Die Gefahr verklagt zu werden, scheint den USA wohl zu groß zu sein, zumal sie wiederholt – vor allem auch in ihrem Kreuzzug gegen den Terrorismus – gegen das Völkerrecht verstoßen haben.

Der Chef der US-amerikanischen Terrorismusabwehr (von 1998 bis 2003 unter den Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush) trat 2003 aus Protest gegen den durch Bush angezettelten Überfall auf den Irak zurück. Im Laufe der Zeit wurde er zu einem sehr fundierten Kritiker von George W. Bush, über den er sich einmal wie folgt äußerte: „*Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat Verfahren entwickelt, nach denen auch Präsidenten oder Premierminister für ihre Handlungen angeklagt werden können. Einige Dinge der Bush-Regierung waren meiner Meinung nach eindeutig Kriegsverbrechen.*“ Hierzu kann man zum Beispiel diverse Gefangenenlager, Folter- und Verhörmethoden, aber auch die massenweisen Tötungen durch unbenannte Drohnen rechnen. (nach: „*Internationaler Strafgerichtshof – Warum die USA abseits stehen*“, Martin Ganslmeier, Bayerischer Rundfunk, br.de, 8.7.2015; „*Krieg gegen den Terror: Was heißt das wirklich*“, Peter Becker, nachdenkseiten.de, 11.2.2016)

Die US-amerikanische Vorgehensweise hatte Methode: Immer streng an den eigenen Machtinteressen ausgerichtet wurden sogar Diktatoren oder auch Massenmörder, wie dies die Contras in Nicaragua waren, unterstützt und deren Gegner (indirekt) bekämpft. Erstaunlicherweise konnte sich bei Veränderung der Interessenlage die Parteinahme der US-Amerikaner sogar um 180 Grad drehen. Wurde zum Beispiel Osama bin Laden anfangs als Freiheitskämpfer gegen die russischen Besatzer in Afghanistan angesehen, galt er später als gesuchter Top-Terrorist, der am Ende von US-amerikanischen Soldaten getötet wurde. War Saddam Hussein, der irakische Staatspräsident von 1979 bis 2003, anfangs im Kampf gegen den Iran eine Art Verbündeter, so zählte er später zur Achse des Bösen. Er wurde von US-Besatzungstruppen festgenommen und dann im Auftrag der irakischen Behörden gehängt.

Wer als Freiheitskämpfer und wer als Terrorist angesehen wird liegt demnach im Auge des Betrachters. Das ist immer relativ. Ändert sich der Betrachter und damit der Standpunkt, dann ändert sich auch die Einschätzung der Situation.

Noam Chomsky, emeritierter Professor für Linguistik und einer der bekanntesten Intellektuellen und Kritiker US-amerikanischer Politik schrieb in einem Gastkommentar für „Truth-Out“, einer gemeinnützigen Nachrichtenorganisation, dass die USA die „*Weltmeister im Erzeugen von Terror*“ sind. In einem anderen Kommentar schrieb er: „*The U.S. is the world's leading terrorist state, and proud of it*“, was soviel bedeutet wie:

„Die USA sind der führende terroristische Staat der Welt und stolz darauf“. („Noam Chomsky: The U.S. is the »world champion in generating terror«, Arturo Garcia, rawstory.com , 3.11.2014; „The Long, Shameful History of American Terrorism“, Noam Chomsky, 3.11.201, chomsky.info)

Beispiel Naher Osten: Bezogen auf die Situation dort formulierte einmal eine palästinensische Autorin: „Jede palästinensische Gewalttat wird Terrorismus genannt, während jedes israelische Massaker als eine Vergeltungsmaßnahme oder als die Tat eines verrückten Einzelnen dargestellt wird.“ („Der Nahe und Mittlere Osten – Terrorismus und politische Gewalt“, Jochen Hippler, 2007, jochenhippler.de, 3. Abschn.)

Ein einflussreicher Führer der Hisbollah („Partei Gottes“, politisch-militärische schiitische Organisation und Miliz im Libanon) äußerte sich einmal in Bezug auf den Nahostkonflikt, dass berechtigter Widerstand nie mit Terrorismus gleichgesetzt werden dürfe. Israel, die USA und Kanada stufen ihrerseits die Hisbollah pauschal als Terrororganisation ein, während die EU und Australien nur den militärischen Teil als solche ansehen.

Besonders auch bei diesen nicht enden wollenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis drängt sich einem unbeteiligten Dritten zwangsläufig immer wieder neu die Frage auf, wer denn eigentlich der Aggressor, also wer der Terrorist und wer das sich wehrende Opfer, also wer der Befreiungskämpfer ist. In diesem Zusammenhang spielt auch der Begriff Staatsterrorismus eine Rolle. Die Tatsache, dass man selber ein Staat ist, spricht einen überhaupt nicht automatisch davon frei, dass das eigene Vorgehen nicht auch ein Terrorakt sein kann. In diesem konkreten Fall, der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern, ist eine strikte Entweder-oder-Einordnung völlig unbefriedigend und würde zudem der Möglichkeit zu einer nachhaltigen Friedens-Lösung den Weg verbauen. Diese ist nämlich nur dann möglich, wenn beide Seiten ihre jeweilige Schuld tabulos anerkennen, gewaltsame Aktionen einstellen und ihrer jeweiligen Verantwortung zur Deeskalation und zu einer fruchtbaren Verständigung nachkommen. Beide Seiten müssen sich bewegen.

Wie eigentlich soll man als Eltern oder als Lehrer irgendwo auf der Welt junge Menschen zu friedensförderndem Verhalten erziehen, wenn sie in den Nachrichten über viele Jahre hinweg permanent auf Negativ-Beispiele stoßen. Erwachsene Israelis und erwachsene Palästinenser versagen diesbezüglich seit Jahrzehnten völlig, trotz zahlloser Vermittlungsversuche

durch kompetente Dritte. Im Gegenteil, durch ihr Tun befeuern sie massiv die Vergeltungsspirale. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen nehmen kein Ende.

Das war in dem fast drei Jahrzehnte dauernden Nordirlandkonflikt zwischen Katholiken und Protestanten im Grunde genommen ganz genau so. Eine unerträgliche Katastrophe nicht nur für alle Beteiligten, sondern auch für jeden, der die Situation mit Abstand mitbekam. Wie viele Gräben sind im Denken der Menschen in dieser Region immer noch offen?

Auch bei diesen Beispielen wird deutlich, dass der eigene Standpunkt – z. B. politisch, geopolitisch, religiös und kulturell geprägt oder ökonomisch egoistisch motiviert – darüber entscheidet, ob man etwas als Terrorismus oder als Freiheitskampf einordnet.

Der Standpunkt Gandhis war aus dessen Sicht und aus der heutigen Sicht vieler Menschen der eines Freiheitskämpfers. Aus der Sicht der Briten war Gandhis Standpunkt seinerzeit der eines Aufwieglers und Revolutionärs, der allerdings im Gegensatz zu ihnen selber auf den Einsatz von blutiger Gewalt verzichtete. Auch Martin Luther King Jr. und Nelson Mandela waren aus ihrer eigenen Sicht und aus der Sicht vieler anderer Freiheitskämpfer, aber aus der Sicht ihrer Regierungen zu bekämpfende Aufständige – bis hin zu Terroristen.

Erstaunlicherweise gelten heute bei diesen Beispielen die genannten Freiheitskämpfer mit ihrer Vorgehensweise als hohe moralische Vorbilder und die jeweiligen Staaten als gewalttätige Unterdrücker. Also, der Staat ist nicht automatisch der Gute. Das macht deutlich, wie komplex das Thema „Terrorismus“ in Wirklichkeit ist. Man muss die Bedingungen sehr genau untersuchen, die Standpunkte, die Ziele und die Vorgehensweise der einzelnen Seiten. Alles das sollte so empathisch wie möglich nachvollzogen werden. Erst dann lässt sich die Situation möglichst realistisch beurteilen.

Könnten eines Tages auch die heutigen Al-Qaida- oder IS-Terroristen als moralische Vorbilder gelten? Die völlig klare Antwort ist: Nein, niemals! Denn diese Terroristen können in ihrer geistig-emotionalen Schlichtheit nicht nur im Ansatz den Weg von Dialog und Gewaltfreiheit nachvollziehen. Sie praktizieren genau das Gegenteil: Anstatt mit einem hohen moralischen Anspruch und mit Argumenten „anständige Menschen“ zu überzeugen versuchen, wollen sie durch ihre Grausamkeiten die vermeintlich Ungläubigen wahllos treffen. Um ihren einfältigen Wahn dann zu kaschie-

ren, behaupten sie obendrauf noch, dies alles sogar im Namen Gottes zu tun. Noch verirrter geht es nicht. Dennoch muss man auch deren Beweg- und Hintergründe genau studieren, wenn man dem langfristig und wirkungsvoll etwas entgegensetzen will.

Oft bewirken Katastrophen im Nachhinein eine Veränderung im Tun. Diese Veränderungen mögen sich langfristig sogar als gut und fruchtbar erweisen. Dennoch bleibt eine Katastrophe immer eine Katastrophe, die immer mit allen Mitteln verhindert werden muss und niemals in Hinblick späterer Entwicklungen schöngeredet werden darf. Brennt ein Haus ab, baut man es in der Regel später wieder auf. Dennoch wünscht sich das niemand.